

Juni 2021

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Auf dem Weg zu einer mutigeren Union? Halbzeit eines turbulenten Jahres

Europäischer Rat am 24. und 25. Juni 2021

Dr. Hardy Ostry, Kai Gläser, Sophia Pena Pereira, Anton Degenfeld, Jana Bernhardt

Der vermutlich vorletzte reguläre Ratsgipfel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel beschäftigte sich mit außenpolitischen Themen, der Corona-Pandemie und ihren Folgen sowie der Migrationspolitik. Die Staats- und Regierungschefs waren bei den meisten Themen um eine einheitliche Beschlussfassung bemüht, offenbarten jedoch auch immer wieder offene Bruchstellen. Prominentestes Beispiel war eine ebenso intensive wie emotionale Diskussion über das ungarische Gesetz, welches Jugendlichen den Zugang zu Informationen über Homo- und Transsexualität erschweren soll und von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen tags zuvor als "Schande" bezeichnet worden war.

COVID-19

Hintergrund

Die positive Entwicklung aller relevanten COVID-Indikatoren setzte sich in den vergangenen Wochen in fast ganz Europa fort. Waren auf der Karte des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) im April noch weite Teile des Kontinents rot eingefärbt, werden mittlerweile nur noch einzelne Regionen in Spanien sowie französische Überseegebiete als Regionen mit einem hohen Infektionsrisiko ausgewiesen. Politiker wie Experten führen diese Entwicklungen zum einen auf saisonale Effekte zurück, zum anderen jedoch auch auf die europaweit auf Hochtouren laufende Impfkampagne. Trotz eines Rückschlags bei der Impfstoffentwicklung des Tübinger Unternehmens Curevac läuft

diese weiterhin nach Plan, sodass die Zielmarke, 70 Prozent der erwachsenen EU-Bevölkerung bis Ende des Sommers mit mindestens einer Impfdosis zu versorgen, fortbesteht. Am 28. Mai hatte mit Malta der erste EU-Mitgliedsstaat die Schwelle von 70 Prozent Erstimpfungen überschritten und erklärte, man habe die lang ersehnte Herdenimmunität erreicht. Dies soll nun Schritt für Schritt auch in den anderen 26 EU-Staaten gelingen.

Um die Mobilität innerhalb der Europäischen Union – vor allem mit Blick auf die in einigen Ländern unmittelbar bevorstehenden Sommerferien – wiederherzustellen, hatten sich die Staats- und Regierungschefs während ihres Sondergipfels im vergangenen Monat auf die Einführung eines digitalen Impfbereichs verständigt, welches vollständig immunisierten Europäerinnen und Europäern das quarantänefreie Reisen innerhalb der Union ermöglichen soll. Im Laufe der vergangenen Wochen wurden bereits mehrere Millionen solcher Zertifikate ausgegeben. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen konnte davon bereits Gebrauch machen, als sie in der vergangenen Woche zu ihrer Europa-Tour durch die Mitgliedsstaaten aufbrach, um den nationalen Regierungen die von der Europäischen Kommission freigegebenen Aufbaupläne zu überreichen.

Mit Sorge blickten die Staats- und Regierungschefs in den vergangenen Wochen jedoch auf die rasche Ausbreitung von Virusvarianten. So ist die zunächst in Indien entdeckte Delta-Variante des Virus auf dem gesamten Kontinent auf dem Vormarsch. Sie gilt als deutlich ansteckender und steht im Verdacht, die Immunantwort des

menschlichen Körpers besser umgehen zu können als der Wildtyp und die inzwischen überall in Europa dominante Alpha-Variante, welche Ende 2020 in Großbritannien entdeckt worden war. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach vor der Abreise nach Brüssel aus diesem Grund immer wieder davon, dass man sich trotz ermutigender Zahlen, noch immer „auf dünnem Eis“ bewege.

Entwicklung

Die Staats- und Regierungschefs nahmen im Laufe des ersten Gipfeltages eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Corona-Maßnahmen der Union vor und zeichneten alles in allem ein positives Bild. So begrüßte der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen die großen Fortschritte in der Impfkampagne und die allgemein verbesserte epidemiologische Lage, rief jedoch zu Wachsamkeit im Umgang mit neu auftretenden Virusvarianten auf. Gleichzeitig unterstrich man den Willen, eine vollständige Rückkehr zur Freizügigkeit mit Hilfe des digitalen COVID-Zertifikats einzuleiten und bekannte sich klar zur internationalen Solidarität in der Coronakrise. So soll die COVAX-Initiative weiter unterstützt werden, welche den universellen Zugang zu Impfstoffen für alle Menschen sicherstellen will. Gleichzeitig arbeite man an Konzepten, die bislang zugelassenen Impfstoffe auch in anderen Teilen der Welt herzustellen, um der Impfstoffknappheit in weiten Teilen der Welt entgegenzutreten. Zudem berieten die Staats- und Regierungschefs auf Grundlage des Kommissionsberichts über erste Lehren aus der Pandemie und baten die kommende Ratspräsidentschaft, darauf hinzuwirken, die gemeinsame Krisenvorsorge, Reaktionsfähigkeit und Resilienz der Union weiter zu stärken. Dieser Appell richtete sich an Slowenien, welches den Ratsvorsitz am 1. Juli von Portugal übernimmt.

In der anschließenden Pressekonferenz zeigten sich die Staats- und Regierungschefs mit Blick auf die Pandemie grundsätzlich optimistisch, betonten jedoch auch, dass weiterhin Vorsicht geboten sei. Dieser Einschätzung schloss sich auch Kommissionspräsidentin von der Leyen an, die nach dem Gipfel davon sprach, dass – neben den bislang bekannten Individualmaßnahmen – nur eine schnelle Durchimpfung der Bevölkerung die Verbreitung der Delta-Variante verlangsamen könne, da der volle Impfschutz auch gegen diese Mutante schütze. Insgesamt habe man bereits mehr als 420 Millionen Dosen der Impfstoffe von BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca und Johnson&Johnson an die Mitgliedsstaaten geliefert.

Kommentar

Die Diskussion über die Bekämpfung der Pandemie nahm deutlich weniger Raum ein als bei vorhergegangenen Treffen, was vor allem mit der verbesserten Gesamtsituation zu erklären ist. Darüber hinaus waren wichtige Entscheidungen bereits beim letzten Gipfel getroffen worden, sodass die Staats- und Regierungschefs den Pandemieberatungen in diesem Fall nur den Charakter einer Bestandsaufnahme zuschrieben. Ob sich die Öffnungspläne mit Blick auf das grenzüberschreitende Reisen in der Sommerzeit vollständig umsetzen lassen, werden wohl erst die kommenden Wochen zeigen. Sollte sich der Trend der niedrigen Inzidenzen und deutlich rückläufigen Krankenhauseinweisungen und Todesfälle fortsetzen und das Impftempo weiter hochgehalten werden, könnte der Plan der Europäischen Institutionen aufgehen. Die große Unbekannte in dieser Gleichung sind jedoch die Virusvarianten, die zuletzt dafür sorgten, dass die Zahl der Neuinfektionen im Vereinigten Königreich sprunghaft angestiegen war und eigentlich vorgesehene Lockerungen verschoben werden mussten. Virologen in mehreren Mitgliedsstaaten weisen jedoch bereits darauf hin, dass die Situation in Großbritannien nicht unbedingt als Blaupause für den Kontinent dienen müsse, da die Lage mit Blick auf Impffortschritt und klimatische Bedingungen nicht vollständig identisch sei. In jedem Fall müssen auch die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union wachsam und vor allem vorsichtig bleiben – sowohl im eigenen Land als auch im von vielen ersehnten Sommerurlaub.

Wirtschaftliche Erholung

Hintergrund

Der allmähliche Start des europäischen Aufbauplans "Next Generation EU", eingeläutet durch die offizielle Genehmigung der ersten 12 nationalen Recovery-Pläne und die Herausgabe der entsprechenden Anleihen, bestimmte im Voraus des Gipfels das wirtschaftliche Tagesgeschäft der Europäischen Kommission. Begleitet von einer offiziellen Rundreise von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen durch die Hauptstädte der 12 entsprechenden Mitgliedsstaaten sendete dies die klare Nachricht, dass die seit langem angekündigte und viel debattierte Recovery and Resilience Facility der EU nun endlich beginnen wird, wirtschaftliche Erholungsmaßnahmen und wichtige Investitionen in ganz Europa zu finanzieren.

Der Ratsgipfel war allerdings nicht nur als Möglichkeit der Bestandsaufnahme der Startphase des

Aufbauplans gedacht. Das Treffen, zu dem die Präsidenten der Europäischen Zentralbank und der Euro-Gruppe, Christine Lagarde und Paschal Donohoe, ebenfalls eingeladen waren, sollte außerdem die Möglichkeit einer Corona-bedingten Inflation, das Thema der globalen Körperschaftssteuerreform, den Fortschritt bei der europäischen Banken- und Kapitalmarktunion und die im Rahmen des Sozialgipfel in Porto beschlossenen Ziele zur europäischen Säule der sozialen Rechte behandeln. Allerdings zeichnete sich wie auch schon bei den vorherigen diesjährigen Ratsgipfeln ab, dass andere Themen die Tagesordnung dominieren würden, und somit nicht alle wirtschaftlichen Angelegenheiten zur Fülle behandelt werden könnten.

Entwicklung

Die am Freitagvormittag stattfindenden wirtschaftspolitischen Besprechungen wurden von einer Präsentation des Präsidenten der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe, eingeleitet. Der Ire konnte zunächst eine stärker als ursprünglich gedachte Wachstumsprognose für die Euro-Zone vermelden, die er auf die Fortschritte bei den Impfkampagnen der Mitgliedstaaten und die Einigung zum europäischen Aufbauplan zurückführte. Besonders durch letzteres schien er die optimistischen Worte von Ratspräsident Charles Michel in dessen Einladungsschreiben zum Ratsgipfel zu bestätigen, in dem dieser ankündigte, die nationalen Recovery-Pläne würden die wirtschaftliche Erholung Europas möglich machen und den Weg zu den sogenannten "dual transitions", dem digitalen und grünen Wandel der EU, ebnen.

Beim Thema der Bankenunion hielt Donohoe allerdings fest, dass hier noch viel Arbeit und Zeit vonnöten wäre, bevor die vor sieben Jahren beschlossene Institution zur gemeinsamen Finanzmarktaufsicht vollendet werden könnte. Außerdem merkte er an, dass bald wichtige Entscheidungen für eine bessere digitale Rolle des Euros getroffen werden müssten, welche die Zukunft der Gemeinschaftswährung prägen würden. Anschließend erklärte der Präsident, warum er die Entscheidung getroffen hatte, die Debatte um die Gründung des European Deposit Insurance Schemes (EDIS) zu vertagen. Der Plan zur Schaffung einer gemeinsamen Geld-Rücklage als Absicherung der europäischen nationalen Einlagensicherungsfonds ist immer noch äußerst kontrovers und hatte zu großen Uneinigkeiten zwischen Deutschland und Italien geführt. Die entsprechenden Verhandlungen sollen daher nach den Bundestagswahlen im September weitergeführt wer-

den. Diese Entscheidung wurde von den versammelten Regierungschefs ohne weitere Diskussionen akzeptiert.

Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte griff zudem das Thema des Stabilität und Wachstumspakts auf. Der während der Verhandlungen um den Aufbauplan zu den sogenannten "Frugal Five" gehörende Regierungschef thematisierte die aufgrund der Pandemie hohen Schuldenstandsquoten und sprach die aus seiner Sicht zentrale Rolle stabiler Staatsfinanzen an. Zwar sei der Stabilitätspakt auch für wirtschaftliches Wachstum wichtig, seine Hauptaufgabe sei aber immer noch die Stabilisierung des Euros durch starke Finanzpolitik und Haushaltsdisziplin, so Rutte. Es sei daher nun Aufgabe der Kommission, Vorschläge für die Zukunft des Pakts bereitzustellen.

Bei der anschließenden Pressekonferenz gab Kommissionspräsidentin von der Leyen zunächst einen Rückblick auf den wirtschaftlichen Umgang der Kommission mit der Pandemie. Zwar sei man auf die Pandemie selbst nicht gut vorbereitet gewesen, da es noch nie zuvor in der Geschichte der Union etwas Vergleichbares gegeben hatte, in finanzieller Hinsicht habe man aber aus der Weltwirtschaftskrise 2008 lernen und deshalb schnell mehrere wichtige Schritte durchführen können, so von der Leyen. Dazu habe das Versorgen der von der Pandemie gelähmten Wirtschaften mit dringend benötigter Liquidität, die Flexibilisierung der EU-Fonds, die Aktivierung der generellen Ausnahmeklausel (General Escape Clause) des Stabilität- und Wachstumspakts sowie die Bereitstellung staatlicher Beihilfen gezählt.

Durch diese Maßnahmen wurde der Aufbauplan "Next Generation EU" ermöglicht. 24 der 27 Mitgliedstaaten hätten ihre nationalen Recovery-Pläne schon zur Begutachtung durch die Kommission abgegeben, von denen 12 bereits genehmigt wurden, so die Kommissionspräsidentin. Das Kriterium, mindestens 20 Prozent der zugeteilten Mittel in die Digitalisierung zu investieren, sei bis jetzt von allen Plänen eingehalten oder sogar übertroffen worden. Ebenso verhielte es sich mit der Vorgabe, mindestens 37 Prozent in grüne bzw. nachhaltige Programme zu investieren, was praktisch bedeute, dass mindestens 200 Milliarden Euro innerhalb der nächsten Jahre in solche Projekte in Europa fließen würde.

Kommentar

Die lebhaften Diskussionen bezüglich des ungarischen LGBTQ-Gesetzes sowie zur Möglichkeit eines EU-Russland Gipfels, die dazu führten, dass der erste Verhandlungstag des Ratsgipfels erst

spät nach Mitternacht zu Ende ging, hatten sichtliche Spuren bei den Teilnehmern hinterlassen. Die Energie für lange finanzpolitische Debatten war am Freitagvormittag schlicht nicht mehr vorhanden. Dies erklärt auch warum, sonst eigentlich kontroverse Themen wie die schleppende Entwicklung der Bankenunion oder der EDIS-Vorschlag nicht ausführlicher behandelt wurden, und manche Themenbereiche nur in den abschließenden Schlussfolgerungen Erwähnung fanden. Zwar ermöglichte dies den Ratsmitgliedern, sich mehr auf andere Themenbereiche zu konzentrieren, bedeutete allerdings auch, dass viele belangreiche Angelegenheiten vertagt werden mussten.

Die Schlussfolgerungen des Gipfels hielten fest, dass der Rat die Umsetzung des im Mai abgesehenen EU-Eigenmittelbeschlusses begrüßt und die Kommission zu einer fristgerechten Umsetzung des Aufbauplans anhält. Die Verpflichtung zur Vollendung der Bankenunion wurde erneuert, und das Einverständnis zu den Handlungsempfehlungen zum Aktionsplan zur Säule der sozialen Rechte, zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebietes sowie zum weiteren Engagement im Bereich der globalen Körperschaftssteuerreform wurde gegeben. Fast unbeachtet blieb eine Ankündigung des kroatischen Ministerpräsidenten Andrej Plenkovic gegen Ende des Gipfels, sein Land sei im Zeitplan um 2023 der Euro-Zone beizutreten.

Migration

Hintergrund

Zuletzt stand das Thema Migration 2018 auf der Agenda des Europäischen Rates. Nach mehreren Verschiebungen veröffentlichte die Kommission schließlich im September 2020 das langerwartete „Neue Migrations- und Asyl Paket“. Das Paket umfasst einen gemeinsamen europäischen Rahmen für Migrations- und Asylmanagement (Ersetzung des Dublin-Systems), einschließlich weiterer Legislativvorschläge, wie beispielsweise eine neue Asylverfahrensverordnung und eine Screening-Verordnung. Der Mechanismus für verpflichtende Solidarität (Möglichkeit der Aufnahme von Migranten oder Rückführungs-Partnerschaften) soll eigentlich die Fronten zwischen den zwei Staatengruppen, bestehend zum einen aus den Mittelmeeranrainerstaaten Griechenland, Italien, Spanien, Zypern und Malta und zum anderen aus Staaten, wie Polen, Ungarn und auch Österreich, die sich weigern, Migranten aus den Ländern der ersten Ankunft aufzunehmen, versöhnen. Eine europäische Lösung ist in den Verhandlungen jedoch bisher nicht in Sicht.

Entwicklung

Die üblichen langen und unbequemen Verhandlungen zum Thema EU-Migration konnten dieses Mal umgangen werden. Der Streit über die gemeinsame Asylpolitik wurde keinesfalls gelöst, geschweige denn ansatzweise zur Diskussion gestellt. Die festgefahrene Situation wurde schlicht übergangen, indem sich die Staats- und Regierungschef auf die Bereiche der Migrationspolitik konzentrierten, bei denen grundsätzlich ein breiter Konsens besteht, wie zum Beispiel den Ausbau der Partnerschaften und Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern. In nur wenigen Minuten und ohne letzte Änderungen wurden die Schlussfolgerungen zum Thema Migration bereits am ersten Gipfelabend gebilligt.

Als integraler Bestandteil des auswärtigen Handelns der EU wurde beschlossen, die Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern auszubauen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sollen Fluchtursachen bekämpft, Flüchtlinge unterstützt, Menschenhandel unterbunden und Grenzkontrollen verstärkt werden. Der „whole-of-route approach“ (Gesamtkonzept für alle Routen) umfasst zudem legale Migrationsmöglichkeiten sowie Rückkehr und Rückübernahme. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die Kommission auf, im Herbst dieses Jahres Aktionspläne für vorrangige Herkunfts- und Transitländer vorzulegen. Diese Aktionspläne sollen klare Ziele, weitere Unterstützungsmaßnahmen sowie konkrete Zeitpläne vorgeben. Darüber hinaus ersucht der Rat die Kommission, mindestens 10 Prozent der Finanzausstattung des neuen Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) und andere Finanzmittel für diese Maßnahmen zu nutzen.

Zu guter Letzt verurteilen und missbilligen die Staats- und Regierungschef den Versuch von Drittländern, „Migranten für politische Zwecke zu instrumentalisieren“.

Kommentar

Aufgrund der festgefahrenen Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten sind die Staats- und Regierungschef regelrecht gezwungen, sich immer mehr auf Drittländer zu verlassen. Diese wussten schnell mit dieser Erkenntnis „umzugehen“ und nutzen die Situation zur politischen Einflussnahme aus. Im letzten Punkt der Schlussfolgerungen erkannte die EU diese Realität an und legt gleichzeitig offen, dass die Handlungsunfähigkeit der EU in Sachen Migrationspolitik nicht nur die interne, sondern auch die externe Dimension betrifft. In der Vergangenheit hätte man vermutet,

dass die Missbilligung in erster Linie an die Türkei gerichtet sei. Den Entwicklungen der vergangenen Monate entlang der westlichen Mittelmeer Route und an der Grenze zwischen Litauen und Belarus geschuldet, gilt diese Verurteilung nun wohl auch für Marokko und Belarus.

Der politische Druck von außen wird so lange bestehen bleiben, bis die EU die Umverteilung der Migranten innerhalb Europas regelt – eine Einigung ist auf absehbarer Zeit jedoch nicht in Sicht.

Außenpolitik

Hintergrund

Eigentlich sollten Russland und die Türkei bereits breiten Raum auf der Agenda der Sondertagung des Rates im Mai einnehmen. Der Zwischenfall der Zwangslandung des Personenflugzeuges in Belarus jedoch lenkte die Aufmerksamkeit so stark auf sich, dass ebenso bedeutende und wichtigen Themen beim letzten Gipfel etwas kürzer gehalten wurden.

Für die Beziehungen zur und den Umgang mit der Türkei markierte das Treffen im März wohl einen wichtigen Meilenstein, wenngleich es nicht für alle Beteiligten zufriedenstellend sein konnte. Es schuf jedoch einen Rahmen, der es vermag, die Beziehungen tendenziell zu verbessern und zu kontrollieren. Themen wie Gesundheit, Klimabelange, Terrorismusbekämpfung und regionale Fragen sind von beiderseitigem Interesse. Dennoch gibt es vielerlei Hindernisse, die es zu überwinden gilt: Die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit, der Umgang mit Menschenrechten, das Scheitern der von den Vereinten Nationen geförderten Zypernverhandlungen, die Unterdrückung der Opposition und die Verletzung der Meinungsfreiheit. Darunter subsumieren lassen sich beispielsweise die Inhaftierung von Andersdenkenden und das gewaltsame Vorgehen gegen Journalisten.

Mit Blick auf Russland hatte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) zusammen mit der Kommission auf der Grundlage des Treffens vom 25. Mai eine Mitteilung erarbeitet, die bereits vor dem Gipfeltreffen am 24. und 25. Mai in Umlauf gebracht worden war. Diese spricht unter anderem von der gemeinsamen Verantwortlichkeit für Frieden und Sicherheit auf dem gemeinsamen Kontinent zu sorgen. Es gebe großes Potential für Zusammenarbeit. Die russische Regierung verfolge jedoch oftmals Gegenteiliges. Die Beziehung leide vor allem unter dem Bestreben Russlands, seine Nachbarn in eine Abhängigkeit zu bringen, ein politisch geeintes Europa zu untergraben, die europäische Vision einer multilateralen und auf gemeinsamen

Regeln basierten Ordnung zurückzudrängen und zu guter Letzt Situationen auf internationaler Ebene zu schaffen, um die Rolle der EU zu beschneiden.

Entwicklung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, war bei diesem Ratstreffen mit von der Partie. Es war zwar nicht das erste Mal, dass ein UN-Generalsekretär bei einem Ratstreffen auf die Staats- und Regierungschefs traf, dennoch bleibt es etwas Besonderes. Als ehemaliger portugiesischer Premierminister war er selbst Mitglied des Rates gewesen. Guterres war eine Woche vor dem Gipfel erneut zum Generalsekretär der UN gewählt worden. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, lief zusammen mit Guterres ein, gratulierte ihm zu seiner Wiederwahl und bedankte sich wertschätzend für seinen Besuch. Michel betonte in seinem kurzen Presse-Statement, die UN und die EU würden über die „gleiche DNA“ verfügen, und dass beide Seiten die Zusammenarbeit stärken wollten. Der multilaterale Ansatz sei der einzig sinnvolle und zudem notwendige Hebel, um Schwierigkeiten, mit denen die Welt konfrontiert wird, nachhaltig lösen zu können. Gleichzeitig müsste bei allen existenziellen Strategien die Zerbrechlichkeit von Gesellschaften berücksichtigt werden. Es brauche Antworten auf außenpolitische Fragen und Bedrohungen, darunter der Umgang mit Russland, der Türkei und Belarus. Nicht zu vernachlässigen sei außerdem die Gesetzlosigkeit im Cyber-Raum.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hob in seinem Eingangsstatement die Wichtigkeit einer klaren Positionierung hervor und betonte mit Blick auf die EU-Russland-Beziehungen, wie entscheidend es sei, klare Linien zu ziehen („clarifier les lignes“). Es brauche eine „Politik der Stabilität“, eine klare Koordination und eine starke Einheit der Europäer. Um diese Stärke zu erreichen, müssten die fünf Prinzipien, die von den EU-Außenministern 2016 verkündet worden waren, nicht nur eingehalten, sondern auch sauber definiert werden. Diese umfassen die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarung, die Herstellung engerer Beziehungen zu Russlands ehemaligen sowjetischen Nachbarn, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber russischen Bedrohungen, selektives Engagement mit Russland bei bestimmten Themen wie der Terrorismusbekämpfung und die Unterstützung von Kontakten zwischen den Menschen. Um diese Themen besprechen zu können, schlugen Macron und Angela Merkel einen EU-Russland-Gipfel auf

Leitungsebene vor, konnten sich damit jedoch nicht durchsetzen.

In Bezug auf die Zusammenarbeit und den Umgang mit der Türkei kam der Europäische Rat zu folgenden Schlussfolgerungen: Dialoge, die auf gemeinsame Themenfelder abzielen, sollen weiter möglich gemacht werden. Auch dadurch kann die vorgesehene umkehrbare und verhältnismäßige Zusammenarbeit ermöglicht werden. Der Europäische Rat erinnert an das strategische Interesse der EU an einem sicheren und stabilen Umfeld im östlichen Mittelmeer. Er weist darauf hin, dass Schwierigkeiten bei den Arbeiten zur Modernisierung der Zollunion dringend angegangen werden müssten, da deren Wirkung für die Mitgliedsstaaten andernfalls nicht spürbar wäre. Einigung wurde auch in Bezug auf die Fortsetzung der Finanzierung für syrische Flüchtlinge sowie die Aufnahmegemeinschaften in der Türkei, Jordanien, im Libanon und weiteren Teilen der Region erzielt. Der Europäische Rat bekräftigt sein Eintreten für umfassende Lösungen in der Zypern-Frage im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates.

Weitere zentrale Anliegen stellen nach wie vor die Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Umgang mit Grundrechten in der Türkei dar. Dies stehe nicht im Einklang mit den Verpflichtungen seitens der Türkei, demokratische Werte, die Rechtsstaatlichkeit und Rechte von Frauen zu schützen und zu achten. Mit Blick auf Frieden und Stabilität erwartet der Europäische Rat von der Türkei tatkräftige Unterstützung, da dieses Ziel ein gemeinsames darstellt.

Auch Russland betreffend gelte es, sich geschlossen auf ein einheitliches und langfristiges Vorgehen zu verständigen. Bereits auf dem Sondergipfel Ende Mai waren die Beziehungen zu Russland erörtert worden, wobei sowohl der Bericht des Hohen Vertreters als auch der Kommission berücksichtigt wurden. Der Europäische Rat erwarte von Russland, dass destruktive Aktionen gegen die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Drittländer eingestellt werden und ziele zudem auf die Stärkung seiner Widerstandsfähigkeit und Resilienz. Dies sei gerade in Situationen, in denen es strenge Reaktionen bedarf, unabdingbar. Auch die Östliche Partnerschaft solle in diesem Zusammenhang intensiviert und verstärkt werden.

In den Themenfeldern Klima und Umwelt, Gesundheit, ausgewählte außen- und sicherheitspolitische Themen, multilaterale Fragen, wie dem JCPoA (Joint Comprehensive Plan of Action), Syrien

und Libyen will der Europäische Rat mit Russland zusammenarbeiten.

Der Europäische Rat begrüßt die rechtzeitige Umsetzung der Sanktionen gegenüber Belarus, die am 24. und 25. Mai beschlossen wurden. Wenngleich Belarus bereits ausführlich auf diesem Sondergipfel diskutiert worden war, so wird der brenzligen und undemokratischen Lage, die in dem Land weiter vorherrscht, weiterhin große Aufmerksamkeit geschenkt. Sanktionen wurden erarbeitet, die Staats- und Regierungschefs müssen die rechtzeitige Umsetzung der Maßnahmen im Einklang mit den Schlussfolgerungen vom 24./25. Mai erzielen. Zudem unterstrichen die Staats- und Regierungschefs in eben diesen Schlussfolgerungen nochmals die Forderung nach sofortiger Freilassung aller politischen Gefangenen und willkürlich inhaftierten Personen, verlangten ein Ende der Repression der Zivilgesellschaft und die Erneuerung der unabhängigen Medien. Das belarussische Volk habe zudem das Recht darauf, seine Präsidentin oder seinen Präsidenten frei, demokratisch und fair zu wählen.

Die anhaltenden Gräueltaten, die ethnisch motivierte und sexuelle Gewalt und andere Verletzungen von Menschenrechten in der äthiopischen Region Tigray wurden vom Europäischen Rat scharf verurteilt. Feindseligkeiten sollten sofort eingestellt werden und eritreische Streitkräfte sollen sich zurückziehen. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung bei der Durchführung demokratischer Reformen.

Der Europäische Rat will die Bemühungen der G5 Sahel-Länder in ihrem Vorhaben unterstützen, die Staatsführung, die Rechtsstaatlichkeit und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu stärken.

Der Europäische Rat verurteilt die jüngsten böswilligen Cyber-Aktivitäten gegen Mitgliedsstaaten, unter anderem in Irland und Polen. Er ersucht den Rat, geeignete Maßnahmen im Rahmen des Instrumentariums der Cyberdiplomatie zu prüfen.

Kommentar

Der litauische Präsident Gitanas Nausėda traf bei seinem Eingangsstatement den Nagel auf den Kopf: Wichtig im Umgang mit Russland sei vor allem der Glaube an die europäischen Werte und Prinzipien. Die EU müsse konsistenter sein und handeln. Die fünf Prinzipien müssten zudem respektiert werden.

Die EU muss nun Wege zur Konfliktbeilegung finden. Dabei scheint das Rezept so einfach zu sein: Eine geschlossene Antwort auf Provokationen,

Konfliktlösungen über Herstellung von Gesprächsformaten, das Stärken einer einheitlichen europäischen Stimme.

Die Tatsache, dass der Vorschlag von Macron und Merkel zu einem neuen Anlauf in den EU-Russland Beziehungen keine Mehrheit fand, ist weniger als Scheitern der Pariser und Berliner Bemühungen zu sehen, sondern Ausweis durchaus unterschiedlicher geopolitischer Betroffenheiten, die durchaus auch unter den EU27 eine wichtige Rolle spielen. Hier einen strategischen Zusammenhang mit dem nur eine Woche zuvor in Genf stattgefundenen Treffen von Joe Biden und Wladimir Putin zu sehen, ist sicher nicht abwegig. Bei der Ablehnung eines zu frühen Aufeinanderzugehens insbesondere durch die baltischen Staaten mag neben der eigenen historischen Erfahrung vor allem auch das von Biden selbst in den Raum gestellte Zeitfenster von sechs Monaten, in denen Moskau Gelegenheit hat, sein belastbares Interesse an Dialog zu manifestieren, eine Rolle gespielt haben.

Weitere Gipfelthemen

Ungarn

Die bereits im Vorfeld des Ratstreffens durch das Länderspiel zwischen Deutschland und Ungarn angeheizte Thematik rund um das neue ungarische Gesetz über die Darstellung von Homosexualität entwickelte sich zu Beginn des Gipfels am Donnerstag schnell zu einem Streitpunkt. Das von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als "Schande" bezeichnete Gesetz war Gegenstand eines von 17 der anwesenden Staats- und Regierungschefs unterzeichneten Briefes an die Kom-

mission und die portugiesische Ratspräsidentschaft, der die ungarische Regierung zwar nicht namentlich erwähnte, allerdings keinerlei Zweifel über den Adressaten der darin enthaltenen scharfen Kritik zuließ.

Der in die Defensive gedrängte ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán versicherte, dass das von seiner Regierung verabschiedete neue Gesetz falsch charakterisiert wurde und er selbst ein Verteidiger der Rechte Homosexueller sei. Sein niederländischer Amtskollege Mark Rutte sowie eine Mehrzahl der anwesenden Staats- und Regierungschefs waren sichtlich unbeeindruckt, wengleich Orbán sichtbar von der Front der Kritiker überrascht schien. Der Vorwurf, dass das Gesetz einer Verletzung der fundamentalen Grundsätze der Europäischen Union gleichkäme, erhielt breite Unterstützung. Rutte ging sogar so weit, Orbán einen Austritt seines Landes aus dem Staatenbund nahelegen, woraufhin ihm vorgeworfen wurde, in "altkolonialer Arroganz" zu handeln. Vergangene Missachtungen der europäischen Regeln in den Bereichen der Pressefreiheit, richterlicher Unabhängigkeit und Korruptionsbekämpfung durch die ungarische Regierung blieben ebenfalls nicht unerwähnt.

Der Schlagabtausch zwischen den beiden nach der Bundeskanzlerin am längsten amtierenden Mitgliedern des Rates, bei dem Rutte Unterstützung durch seine portugiesischen, belgischen, französischen, luxemburgischen und schwedischen Kollegen erhielt, wurde von Angela Merkel damit kommentiert, dass es sichtlich divergierende Ansichten zur Zukunft der Europäischen Union gäbe.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)